

Dieses Blau ist Privateigentum

Der Kosmetik-Konzern Beiersdorf hat einen Etappensieg im Streit um sein „Nivea“-Blau errungen. Der Bundesgerichtshof hat am Donnerstag entschieden, dass der Prozess um die Löschung der Farbmarke neu aufgerollt werden muss. Der Grund: Die Maßstäbe für die Beurteilung des Falls seien zu streng gewesen, so die Markenrichter. **Bericht Seite 15**

Bremen plant Heuschreckensteuer

Rot-Grün will Immobilienspekulanten das Geschäft verderben / Kritiker warnen vor Folgen für den Standort

VON SABINE DOLL UND FRAUKE FISCHER

Bremen. Die rot-grüne Koalition in Bremen will Immobilienspekulanten, die große Wohnanlagen kaufen und verfallen lassen, das Geschäft vermiesen: Deshalb soll die Einführung einer sogenannten Heuschreckensteuer geprüft werden. So steht es auf Seite 42 des Koalitionsvertrags von SPD und Grünen, der am Sonnabend von Delegierten und Mitgliedern der Parteien abgelesen werden soll.

„Wohnen ist keine Ware, dafür wollen wir ein Instrument entwickeln“, sagt SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe dem WESER-KURIER. Die Heuschreckensteuer wäre bundesweit ein einmaliges Vorhaben, das für Städte mit besonders stark steigenden Mieten Vorreiter sein könnte. Immobilienspekulanten sollen danach eine höhere Grunderwerbssteuer zahlen. Statt wie bisher 5,5 Prozent seien 19 Prozent für die Heuschreckensteuer denkbar, so Tschöpe.

Bei welchen Geschäften der Zuschlag fällig werden soll, ist noch nicht geklärt. Laut dem Fraktionschef könnte er daran geknüpft sein, wie groß der Wohnungsbestand ist, den ein Immobilienkonzern kaufen will. „Das könnte zum Beispiel bei 100 oder 150 zusammenhängenden Wohneinheiten beginnen“, erklärt Tschöpe. Das soll nun geprüft werden, erste Ergebnisse könnten bereits im Dezember vorliegen. „Wir gehen ganz offen daran. Es gibt aber bereits ein Gutachten, wonach die Einführung eines solchen Zuschlags steuerrechtlich

möglich ist“, sagt Tschöpe. Anlass für die Pläne ist der Ankauf von rund 600 Wohnungen im sozialen Brennpunkt „Grohner Düne“ in Bremen-Nord durch den Konzern Grand City Property. Mit einer Heuschreckensteuer wäre das Geschäft für den Konzern deutlich unattraktiver gewesen und womöglich nicht zustande gekommen, so Tschöpe.

Die Bremer Wirtschaft ist alles andere als begeistert von dem rot-grünen Vorhaben. Christoph Weiss, Präses der Handelskam-

mer, warnt: „Die noch völlig unklare Ausgestaltung dieser Sondersteuer wird zu einer großen Verunsicherung aller Investoren in der Wohnungswirtschaft führen, unabhängig ob ‚Heuschrecke‘ oder nicht.“ In einer gewöhnlich wachsenden Stadt sei das eindeutig die falsche Psychologie. „Ich glaube außerdem, dass man keine Regel für Ausnahmen einführen muss. Diese Entscheidung kann einen großen Flurschaden anrichten“, betont Weiss.

In diese Richtung geht auch die Kritik des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der freien und privaten Wohnungsunternehmen in Bremen, Peter Sakuth: „Eine Heuschreckensteuer ist nicht das richtige Steuerungsinstrument, um marktregulierend einzugreifen.“ Auch er befürchtet, dass sie ganz normale und seriöse Investoren verunsichern und abschrecken könnte. „Investoren würden sich sicherlich das eine oder andere Vorhaben noch einmal überlegen“, so der Ex-SPD-Innensenator.

Jens Lütjen, Geschäftsführer der Immobilienunternehmens Robert C. Spies, ist entsetzt: „Das schadet dem Standort Bremen“, kommentiert er die mögliche Einführung einer Heuschreckensteuer. „Ich bin selten so in Sorge gekommen wie durch diese Ankündigung“, sagt Lütjen. Der Standort Bremen werde auch von vielen überregionalen Investoren getragen, die psychologische Wirkung einer solchen Vervielfachung der Steuer „ist gar nicht absehbar“. Lütjen hält das Instrument, das Spekulant

halten soll, für „extrem schädlich“. Wer könne schon behaupten, dass es sich bei Großinvestoren grundsätzlich um sogenannte Heuschrecken handele, die Wohnungen in großen Mengen kaufen und verfallen lassen? Lütjen fürchtet negative Auswirkungen auf den gesamten Investorenmarkt.

Michael Frenz, Präsident der Architektenkammer, hält eine solche Steuererhöhung ebenfalls für „katastrophal“. „Wenn man auf der einen Seite Innenentwicklung machen möchte und ein riesiges Wohnungsbauprogramm auf den Weg bringen will, kann man nicht auf der anderen Seite eine solche Steuererhöhung vornehmen“. Gerade günstige Wohnungen könne man nur in größerer Anzahl bauen, wenn es wirtschaftlich sein solle. Man müsse auswärtiges Kapital in die Stadt holen, fordert der Architekt. „Diese Heuschreckensteuer würde günstiges Wohnen behindern.“ Zudem, da ist Frenz sicher, würde sich die hohe Steuer direkt auf die Mieten niederschlagen.

Das sieht der Vorsitzende der Aufbaugemeinschaft Bremen, Uwe Nullmeyer, ähnlich. „Wenn man bestimmte Akzente im Wohnungsbau setzen will, wäre das kontraproduktiv.“ Bremen stehe im Wettbewerb mit anderen Regionen und könne sich eine solche Ausnahmeleistung nicht leisten. „Es geht ja bei großen Investoren nicht immer um Heuschrecken. Am Markt sind viele ganz solide, finanzstarke Investitionsunternehmen aktiv.“ **Kommentar Seite 2**



Anlass für die Pläne ist der Ankauf der „Grohner Düne“ durch einen Konzern. FOTO: KALKA

Athen reicht Reformliste ein

Brüssel-Athen. In der griechischen Schuldenkrise mehrten sich die Stimmen, die Athen Erleichterungen bei der Schuldenlast einräumen wollen – wenn die Reformliste zufriedenstellend ausfällt. Einen Schuldenschnitt wird es aber wohl nicht geben. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnte dies erneut ab. Die griechische Regierung hat ihr Sparprogramm nach einem Bericht des staatlichen Fernsehens (ERT1) am Donnerstagabend auf den Weg gebracht. Die Vorschläge seien gegen 21.30 Uhr per E-Mail an den Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem abgeschickt worden. Fallen sie zur Zufriedenheit der Geldgeber aus, könnten diese ein neues Hilfsprogramm und eine Zwischenfinanzierung gewähren. Nach Informationen der Athener Finanzzeitung „Naftemboriki“ wollte Griechenland ein Reformpaket im Wert von zehn bis zwölf Milliarden Euro jährlich vorlegen. Es sehe auch eine deutlich stärkere Belastung der gehätschelten Tourismusbranche vor. Zudem sollen fast alle Frührenten abgeschafft werden. Das griechische Parlament könne bereits an diesem Freitag darüber abstimmen, hieß es aus Athen.

Am Sonntag treffen sich die Staats- und Regierungschefs erst der Eurozone und dann der gesamten EU. Die beiden Gipfel werden am Sonnabend von einer Konferenz der Euro-Finanzminister über den griechischen Hilfsantrag vorbereitet. Athen hat beim europäischen Rettungsfonds ESM ein drittes Hilfspaket beantragt. **Berichte Seite 4**

THEMA

Freund hört mit

Neue Wikileaks-Enthüllungen in der NSA-Spähaffäre: Der US-Auslandsgeheimdienst soll schon seit Zeiten von Bundeskanzler Helmut Kohl das Kanzleramt umfangreich belauscht haben. **3**

DER NORDEN

Hightech gegen Hitze im Stall

Mit modernen Kühlanlagen macht Landwirt Johannes Schulte aus Meppen bei großer Hitze seinen Tieren das Leben erträglich. Er setzt eine Anlage ein, die mit hohem Druck Wasser über den Tieren zerstäubt. **14**

KULTUR

Training mit dem Taktstock

Vier Nachwuchs-Dirigenten sind derzeit bei den Bremer Philharmonikern zu Gast und erarbeiten sich mit Hilfe von Generalmusikdirektor Markus Poschner zwei Sinfonien von Johannes Brahms. **22**

SPORT

Eine Karriere wie im Zeitraffer

Werder, erste Liga, Wolter – das passt zusammen. Einst bei Ex-Profi Thomas Wolter, nun bei Pia-Sophie, seiner Tochter. Die erst 17-Jährige legt zurzeit eine Karriere wie im Zeitraffer hin: Mit Werders Fußballfrauen schaffte sie den Sprung in die Erstklassigkeit, mit der U19 des DFB reist sie nun zur EM nach Israel. Und der Vater? Ist stolz, sehr sogar. **25**



RUBRIKEN

Familienanzeigen	6, 26	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	19	Tipps & Termine	20
Lesermeinung	5	Veranstaltungsanzeigen	6

ANZEIGE

Hallo Brigitte,
sieht gut aus, das
neue hanseatreisen.de!
Da gibt's sogar eine
Etappe der AIDAprima
Jungferreise!
Kuss Lutz!

Das war untreu



Kristina Läscher
über Sal. Oppenheim

In Köln ist einer der längsten Wirtschaftsprozesse des Landes mit einem Urteil zu Ende gegangen, das aufhorchen lässt. Die Führungsriege von Europas einst größter Privatbank Sal. Oppenheim bekommt Haftstrafen auf Bewährung. Ex-Gesellschafter Friedrich Carl Janssen muss sogar ins Gefängnis. So konsequente Strafen hat es bisher selten in Bankenprozessen gegeben. Im Gegenteil: Die jüngsten Verfahren gegen Top-Banker der HSH Nordbank, Sachsen LB, IKB, LBBW, HRE und WestLB sind weitgehend versandet, Schuldige für krude Deals vor der Finanzkrise wurden nicht benannt. Zurück blieb das schale Gefühl, dass Banker in diesem Land ungestraft zocken dürfen. In Köln hat sich das Gericht nun etwas getraut, das bisher kaum einer gewagt hat: Es hat den sehr schwammigen Begriff der schweren Untreue zu Lasten von Spitzenmanagern ausgelegt. Ein Unterfangen, für das es kaum Maßstäbe gibt. Das Gericht musste entscheiden, ob die Angeklagten bei der Übertragung einer Immobilie und der Gewährung von Großkrediten fahrlässig handelten, ob sie also bloß die Folgen vernachlässigten. Oder aber, ob sie sogar billigend in Kauf nahmen, dass Geschäfte misslingen. Das ist wichtig: Bedingter Vorsatz ist strafbar, Fahrlässigkeit nicht. Kurz, das Gericht hat definiert, wo genau das angemessene Inkaufnehmen wirtschaftlicher Risiken aufhört. Für die Glaubwürdigkeit des Bankenstandorts Deutschland ist das gut. **Bericht Seite 17**
kristina.laesker@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Wolf Vogel



Die Amtskette, die Bürgermeister Wolf Vogel (70) an diesem Freitag zur Eröffnung der Tarmstedter Ausstellung tragen wird, verschwindet danach gleich in der Schublade – um in einem Jahr wieder zu Ehren zu kommen. Das 1957 zur 700-Jahr-Feier Tarmstedts gestiftete Stück mit den vielen Münzen hängt sich Vogel, seit 2011 im Amt, nämlich nur zum festlichen Auftakt von Norddeutschlands größter Regionalausstellung für Landwirtschaft und Tierzucht, Energieeffizienz und Bauen, Haus und Garten um. Besuchereinfluss ist an jedem Messetag ab 9 Uhr. 700 Aussteller präsentieren bis kommenden Montag auf 18.000 Quadratmetern ihre Produkte und Dienstleistungen.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
19°	10°	40%

Wechselnd bewölkt
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

5 0028

4 194176 301309

Erfolg für Rocker im Kuttentstreit

Karlsruhe-Bremen. Im Kampf um ihre symbolträchtigen Club-Lederwesten, die sogenannten Kuttent, haben Rocker vor dem Bundesgerichtshof (BGH) einen Teilerfolg errungen: Sie dürfen nicht pauschal bestraft werden, wenn sie ihre Kuttent tragen. Voraussetzung ist, dass darauf die Ortsbezeichnung einer nicht verbotenen Gruppe (Chapter) angebracht ist, entschied der BGH am Donnerstag in Karlsruhe.

In Bremen gilt aber weiterhin: Rocker der von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) verbotenen Ortsgruppen Hells Angels und Mongols „müssen ihre Kuttent im Schrank hängen lassen, sonst begehen sie eine Straftat“, sagte Sprecherin Rose Gerds-Schiffler dem WESER-KURIER.

Die Rocker selbst kündigten in Karlsruhe nach dem Urteil an: „Wir ziehen unsere Kuttent wieder an.“ Die „Verfolgungs- und Kriminalisierungsinitiative“ der Innenminister gegenüber den Rockern habe jetzt ein „unrühmliches Ende gefunden“, sagten Vertreter der Hells Angels, die teils mit Kutte und Harley wieder davonbrauten.

Nach ihrem Teilerfolg vor dem BGH erwägen die Rocker jetzt, sich auch gegen ein Waffenverbot per Klage zu wehren. Der Präsident der Stuttgarter Hells Angels, Lutz Schelhorn, lässt das seine Anwälte prüfen. „Das ist die nächste Baustelle“, sagte er. Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) hatte ein solches Verbotverfahren angekündigt. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9**